



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

L.: Vom preußischen Landtag.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

ist weicher, das nährende Gerüst derselben mit einer dunkeln blutigen Feuchtigkeit erfüllt. Der Glanz der oberen Spulendecken ist matter, die ganze Feder vorstiger und, obgleich gewöhnlich reiner und weniger beschädigt, so fehlt ihr doch die Weichheit, Fülle und Grazie der wilden Feder, welche aus der Karru, aus der Kalahari-Wüste oder dem Drampo-Lande kommt. Der Gesamtwert der brauchbaren Federn eines Straußes übersteigt selten 16 Pfund Sterling, da davon nur vier bis sechs Loth feine weiße Federn sind.

Der Werth der Straußenfedern wechselt begreiflicherweise je nach Güte und Farbe. Feinste weiße Federn, wovon ein Pfund 70 bis 80 Stück enthält, werden für 32 bis 50 Pfund Sterling verkauft; lange, schwarze und graue für nur 2 bis 5 Pfund Sterling pro Pfund. Die schönsten Exemplare, wie sie nur ganz reiche Damen erschwingen können, werden 25 Zoll lang und 9 Zoll breit.

Nicht ganz reine Federn werden mit Seife gewaschen. Von großer Wichtigkeit ist der 1871 von Viol, Deslot und Koezel in Paris erfundene Prozeß, schwarze und grüne Federn zu entfärben; sie werden dann graugelb und können nun grau, blau, rosa gefärbt werden, was bisher nur mit weißen Federn geschah. Man erkennt die ursprünglichen schwarzen, nun gefärbten Federn jedoch an dem dunkel gebliebenen Kiel, den zu entfärben noch nicht gelungen ist.

Vom Preussischen Landtag.

In den zwölf Tagen, welche der Landtag zur dritten und letzten Session versammelt ist, trat der Unterschied der jetzigen Lage von derjenigen am Schlusse der vorigen Session bereits mehrfach recht auffällig hervor. Während damals die sogenannte innere Krisis, welche sich schon vom Beginne der vorigen Session (21. Oktober v. J.) an fortdauernd unangenehm fühlbar gemacht hatte, schließlich die Arbeitslust der Abgeordneten fast gänzlich lähmte, macht sich jetzt im Gegentheil eine große Schaffenslust bemerklich. Wenn auch die Regierung in der Eröffnungsrede vom 19. November in manchen Punkten ihre Stellung noch nicht umfassend angegeben hat, so sieht und fühlt man doch, daß nach dem in der Zwischenzeit erfolgten Wechsel im Vorstande dreier Ministerien die frühere bedauerliche Unklarheit der Regierung gewichen ist und die offensichtlich in fast allen Ressorts herrschenden umfangreichen gesetzgeberischen Arbeiten haben von vornherein eine entsprechende Arbeitsfreudigkeit in allen Parteien hervorgerufen. Hiermit ist für die ganze Session von vornherein viel ge-

wonnen; die gewohnten Drescher von leerem Stroh sind wenigstens für den Anfang in den Hintergrund gewiesen. Auf wie lange, das ist freilich eine andere Frage. Selten ist einer preussischen Landesvertretung vom Beginne an ein solch reiches Füllhorn von Vorlagen ausgegossen worden als diesmal. Aber auch unter Hinzurechnung der in der Eröffnungsrede angekündigten weiteren Vorlagen wird sich, leicht erkennbar, das ganze Pensum in der durch das Bevorstehen der nächsten Reichstagsession verhältnißmäßig kurz bemessenen Frist erledigen lassen, wenn nur die übergroße Redelust, welche beim Mangel der Diätenlosigkeit bisher im Abgeordnetenhanse nicht zu zügeln war, einge-dämmt würde und das Zentrum sich überwinden könnte, die Kulturkampffragen höchstens da hineinzuziehen, wo es paßt.

Natürlich, daß beide Häuser sich zunächst daran begaben, die unbedeuten-deren der vorläufig 27 Vorlagen zu erledigen und andere der nothwendigen Kommissionsberathung zuzuweisen. Letzteres geschah bis jetzt ohne großen Zeitaufwand bei der Generaldebatte. Unter ersteren befindet sich ein Gesetz-entwurf wegen Aenderung eines Punktes des Ausführungsgesetzes zum Bundes-gesetz über den Unterstützungswohnsitz. Es handelt sich einfach um die Be-stimmung der Behörden, aus deren Mitgliedern der richterliche und der Ver-waltungsbeamte für die Deputation für das Heimathwesen genommen werden sollen. Da ist nun, im Widerspruche mit der Regierung und im Interesse der Selbstverwaltung, auf Anregung von Fortschrittlern vom Abgeordnetenhanse die Bestimmung gestrichen, daß der Verwaltungsbeamte unter Anderen aus den Mitgliedern des Berliner Polizeipräsidiums solle genommen werden können. Man sieht: die Tendenz einer strengen Festhaltung der Selbstverwaltung herrscht noch ungeschwächt vor. Ob dies nach den Neuwahlen im nächsten Sommer noch in gleichem Maße der Fall sein wird, steht dahin. Der wichtigen Frage der Verwaltungsreform ist das Haus bis jetzt noch nicht näher getreten, während dieselbe in voriger Session Alles zu beherrschen schien. Es ist immer-hin ein Zeichen eines gewissen Vertrauens, daß man sich vorerst mit der die Stellung des neuen Ministers des Innern, Grafen B. v. Culenbure, betref-fenden allgemeinen Andeutung der Eröffnungsrede begnügt, wonach die Fort-führung dieser Reform seither nur durch Aufgaben von unmittelbarer Dring-lichkeit aufgeschoben sei. Es zeigt sich dieses Vertrauen auf den konservativen und im Uebrigen programmlos in's Amt getretenen Minister größer als die Zuversicht, welche man in den großen, am 26. und 27. Oktober vorigen Jahres über die innere Krisis stattgehabten Debatten des Abgeordnetenhanse auf das Programm und die Zusicherungen des damaligen interimistischen Ministers des Innern, des der Mehrheit weit näher stehenden Friedenthal, glaubte setzen zu

können. Soviel mehr Beruhigung scheint schon die bloße definitive Umgestaltung des Staatsministeriums bewirkt zu haben.

Ein anderer Entwurf jener Art würde kaum der Erwähnung verdienen, wenn sich nicht ein Zwischenfall daran knüpfte. Die neue Justizorganisation verlangt bekanntlich den Abschluß von Verträgen mit deutschen Nachbarstaaten über die Bildung gemeinschaftlicher Gerichtsbezirke. Demgemäß ist zuvor die Redewendung der Verfassung zu ändern, wonach der König die Richter ernennt. Es ist das eine rein formelle Sache, die sich ganz von selbst versteht. Wenn nun am 21. November im Herrenhause der famose Herr Senfft v. Pilsach aus dem Wortlaute der eidlichen Versicherung des vorigen Königs, die Verfassung fest und unverbrüchlich zu halten, abzuleiten suchte, daß diese „nicht so leicht“ geändert werden dürfe, so geht das eigentlich über das Komische hinaus, das sich sonst seit Jahrzehnten an die parlamentarische Atmosphäre dieses Pairs zu heften pflegt. Vielleicht haben wir hier den Ausdruck der Stimmung der reichsfeindlichen Pairskoterie vor uns, welche eine der wesentlichsten Errungenschaften des Reichs glaubt ignoriren zu können. Man weiß nicht recht, ob man den Durchfall des gut deutsch gesinnten Herrn von Bernuth bei der Vizepräsidentenwahl von ähnlichem Gesichtspunkte betrachten und annehmen soll, daß dem reaktionären Junkerthume unter den Pairs nach dem Scheitern einer neuen liberalen Aera die Flügel wieder gewachsen seien; einstweilen wird der Vorgang damit beschönigt, daß Bernuth im Reichstag gegen das Hödelgesetz gestimmt habe. Ist dem wirklich so, dann mag die Sache vorläufig auf sich beruhen; wir wollen indeß das Herrenhaus doch künftig etwas schärfer in Beobachtung nehmen.

Den vier Justizgesetzen zur Ausführung der Reichsjustizorganisation hat natürlich durch die erste kurze Behandlung im Abgeordnetenhause nicht ein geringerer Werth beigelegt werden sollen; vielmehr hat der Justizminister schon jetzt große Ehre damit eingelegt. Wenn Löwenstein „mit Bewunderung“ anerkannte, was in kurzer Zeit im Justizministerium geleistet worden, und Windthorst großen Fleiß und Gründlichkeit dieser Entwürfe lobte, so war andererseits hinter Leonhardt's Bescheidenheitsausdruck, daß dieselben wohl „zu langweilig“ seien, als daß die Kommission geneigt sein könnte, sich sehr in dieselben zu vertiefen, das Selbstbewußtsein von der Wahrheit jener Aussprüche zu erkennen.

Die Hauptaktionen im Abgeordnetenhause bestanden in der Generaldebatte über den Staatshaushaltsetat für 1879—80 und Verhandlung über die Wucherfrage. Die Rede, mit welcher der Finanzminister gleich bei Beginn der Session den Etat einzuführen pflegt, bildet immer einen der wichtigsten Vorgänge derselben. Der Etat ist ja eben das Rückgrat für alles Andere. Das

erste Auftreten des neuen Finanzministers Hobrecht stach sehr ab von der selbstzufriedenen Wohlgefälligkeit, mit welcher sein Vorgänger Camphausen zehn Jahre lang den Ueberblick über die Finanzlage gegeben hat. Ein eigenthümliches Geschick hatte gewollt, daß Hobrecht's Verwaltung gerade in dem Momente anheben mußte, wo zum ersten Male sich ein erhebliches Defizit herausstellte; aber durch die Art, wie er am 20. November die im Allgemeinen längst bekannten Gründe des Defizits detaillirte, scheint er sich Zutrauen, zum wenigsten kein Mißtrauen erworben zu haben. Er stellte sich voll und ganz als Vertreter der Richtung des Fürsten Bismarck hin, aus welcher der Wechsel in der Leitung des Finanzministeriums überhaupt hervorgegangen ist. Mit seiner Hinweisung auf die dem Reiche sich immer stärker aufdringende Nothwendigkeit, für Vermehrung der eigenen Einnahmen durch Ausbildung der Zölle und Verbrauchssteuern zu sorgen, war Alles gesagt, sowohl in Hinsicht des Hauptgrundes des Defizits und seiner vorübergehenden Natur, als auch der Abhilfe. Auch seine Darstellung der Ungerechtigkeit der zu sehr gesteigerten Einkommensteuer und der Nothwendigkeit, für Erleichterung der ohnehin demnächst stark in Anspruch zu nehmenden Kommunen zu sorgen, traf ganz die früheren Andeutungen des Reichskanzlers. Nach Allem, was im Frühjahr über Steuerreform im Reichstage verhandelt wurde, ist es sehr begreiflich, daß eine damals stark hervorgetretene Frage jetzt hier eine Fortsetzung fand. Die damals von nationalliberaler Seite für die Steuerreform im Reiche gesetzte Bedingung, daß der preußische Landtag in die Lage gebracht werde, je nach den finanziellen Verhältnissen einige Monatserträge der Einkommen- und Klassensteuer zu erlassen, wurde Namens der Partei von dem am 27. November zum ersten Male als ein Hauptredner in Finanzfragen auftretenden Lasker wieder vorgebracht, jedoch unter Beseitigung der damaligen schrofferen Formen. Es ist jetzt nicht mehr von den konstitutionellen Garantien die Rede, sondern von der Einführung beweglicher Steuern. Somit anscheinend von der Frage einer Erweiterung des parlamentarischen Machtgebiets abgetrennt, machte diese Erklärung auf die Konservativen keinen übeln Eindruck, nur meinte deren Sprecher von Zedlitz-Neukirch, der Spielraum für solche Befugniß könne nur auf dem Gebiete der außerordentlichen Ausgaben liegen. Richter, welcher so oft Herrn von Camphausen entgegengetreten war, erklärte nun, dieser wäre ihm gerade jetzt lieber als Hobrecht, welcher zu viele kostbare Versprechungen mache. Er tadelte die bis jetzt doch nur angeblich zu nennende Absicht der Regierung, Eisenbahnen anzukaufen, den Eisenbahnbau „zu überstürzen, den Transport zu erschweren, in der Zollpolitik eine Reaktion einzuschlagen; er tadelte aber auch die Aufnahme von Anleihen und die Einführung indirekter Steuern im Reich. Da durfte man wohl fragen, was der in Finanzfragen so kenntniß-

reiche Abgeordnete denn eigentlich wolle. Er gab darüber keine Antwort und stellte trotzdem wieder in Abrede, daß er sich in der Negative befinde. Hobrecht hätte gewiß auf die tausenderlei von Richter berührten Punkte Vieles erwidern können; es machte sich ganz gut, daß er bloß zeigte, wie jene Absichten der Regierung sich im Etat nicht wiederpiegelten. Dem ultramontanen Dautenberg schuldet seine Partei den Dank, als der Erste den Kulturkampf wieder in fremde Dinge gezogen zu haben; er bringt natürlich das Defizit mit der Einsetzung des kirchlichen Gerichtshofs und dergleichen zusammen. Rickert verlangte ein bestimmtes Finanzprogramm der Regierung, worauf Hobrecht nur auf frühere Erklärungen im Reichstage verwies. Der Beschluß, die einfachen Punkte des Stats gleich im Plenum zu erledigen, kürzt die Verhandlungen angemessen ab, die grundsätzlichen Fragen der Finanzpolitik aber werden sicherlich bei erster Gelegenheit wieder aufgenommen werden. Sie sind beim Etat nur abgebrochen. Auffallend ist übrigens, daß der Stellvertreter des Ministerpräsidenten selbst in solchen Fragen sich schweigend verhielt.

Am 26. November hat von Schorlemer die Frage der Aufhebung der Wuchergesetze zur Sprache gebracht. Es sieht dies so harmlos aus und läuft doch im Grunde so stark, wie nur je eine Kulturkampffrage, auf eine Aufhebung gegen die Regierung und die Liberalen hinaus. Schorlemer hat mit großem Geschick einen wunden Punkt herausgefunden; es ist wahr, der Wucher ist eine Landplage geworden, aber mit der einfachen Wiederaufhebung der Wuchersfreiheit hat es doch auch seinen Haken. Die Sache bedarf einer reiflichen Ueberlegung und wird, wie Leonhardt erklärte, von der Regierung reiflich erwogen; die dolose Art, wie das Zentrum sich zum Organe des „Nothschreies aus Stadt und Land“ machte, kann nur zur Steigerung des Parteihasses dienen. An Anklängen daran hat es bei der Besprechung dieser Interpellation wahrlich nicht gefehlt.

Berlin, den 1. Dezember.

L.

Literatur.

Um Sunnamend', Neue Gedichte in oberbayrischer Mundart von Karl Stieler. (Stuttgart, Meyer und Zeller, 1878, 2. Auflage.)

Die erste poetische Gabe, die der beliebteste Dichter in oberbayrischer Mundart nach langer schwerer Krankheit wieder geboten hat. Daß er die Gunst der Leser nicht verloren, und die gottbegnadete Sangesfreude, die ihm